



Brüssel, den 6. Januar 2016
(OR. en)

5009/16

Interinstitutionelles Dossier:
2015/0808 (CNS)

ENFOPOL 2
JAIEX 2
COWEB 1

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Nr. Vordok.:	10509/1/15 REV 1
Betr.:	Entwurf eines DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSSES DES RATES über die Zustimmung zum Abschluss durch das Europäische Polizeiamt (Europol) eines Abkommens zwischen Bosnien und Herzegowina und Europol über operative und strategische Kooperation

1. Nach Artikel 23 Absatz 2 des Beschlusses 2009/371/JI des Rates vom 6. April 2009 zur Errichtung des Europäischen Polizeiamts (Europol)¹ dürfen Kooperationsabkommen von Europol *"nur nach Billigung durch den Rat und nach Anhörung des Verwaltungsrates geschlossen werden; soweit sie den Austausch personenbezogener Daten betreffen, ist ferner zuvor über den Verwaltungsrat die Stellungnahme der gemeinsamen Kontrollinstanz einzuholen"*.

In Artikel 6 Absätze 3 und 4 des Beschlusses 2009/934/JI des Rates vom 30. November 2009 zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen zur Regelung der Beziehungen von Europol zu anderen Stellen einschließlich des Austauschs von personenbezogenen Daten und Verschlusssachen² ist ferner Folgendes vorgesehen:

¹ ABl. L 121 vom 15.5.2009, S. 37.

² ABl. L 325 vom 11.12.2009, S. 6.

"(3) Nach Abschluss der Verhandlungen über ein Abkommen unterbreitet der Direktor den Entwurf des Abkommens dem Verwaltungsrat. Im Falle des Abschlusses eines operativen Abkommens holt der Verwaltungsrat die Stellungnahme der gemeinsamen Kontrollinstanz ein. Der Verwaltungsrat billigt den Entwurf des Abkommens und legt ihn anschließend dem Rat zur Annahme vor.

Im Falle der Billigung eines operativen Abkommens werden dem Rat der betreffende Entwurf des Abkommens und die Stellungnahme der gemeinsamen Kontrollinstanz vorgelegt.

(4) Nach Artikel 23 Absatz 2 des Europol-Beschlusses dürfen diese Abkommen nur nach Billigung durch den Rat und nachdem dieser den Verwaltungsrat angehört hat, geschlossen werden; soweit diese Abkommen den Austausch personenbezogener Daten betreffen, ist ferner zuvor über den Verwaltungsrat die Stellungnahme der gemeinsamen Kontrollinstanz einzuholen."

2. Mit Schreiben vom 18. Mai 2015 hat der Vorsitzende des Europol-Verwaltungsrats den vom Verwaltungsrat in seiner Sitzung vom 12./13. Mai 2015 gebilligten Entwurf des Abkommens über operative und strategische Kooperation zwischen Bosnien und Herzegowina und Europol gemäß Artikel 23 Absatz 2 des Europol-Beschlusses dem Rat zur Annahme übermittelt. Die Stellungnahme der gemeinsamen Kontrollinstanz (GKI) wurde ebenfalls übermittelt (Dok. 9384/15 + COR 1 + COR 2).
3. Am 25. Juni 2015 sind der Gruppe "Strafverfolgung" der obengenannte Entwurf des Abkommens über operative und strategische Kooperation zwischen Bosnien und Herzegowina und Europol (Dok. 9384/15 + COR 1 + COR 2) sowie der Entwurf eines Durchführungsbeschlusses des Rates über die Zustimmung zum Abschluss dieses Abkommens (Dok. 9735/15) vorgelegt worden.
4. Da weder in der genannten Sitzung noch innerhalb der für schriftliche Bemerkungen bis zum 3. Juli 2015 festgelegten Frist Bemerkungen zu diesen Dokumenten eingegangen sind, gelten sie als von der Gruppe am 4. Juli 2015 gebilligt.

5. Nach der Billigung durch die Gruppe "Strafverfolgung" ist der Entwurf des Durchführungsbeschlusses des Rates über die Zustimmung zum Abschluss durch das Europäische Polizeiamt (Europol) eines Abkommens zwischen Bosnien und Herzegowina und Europol über operative und strategische Kooperation von den Rechts- und Sprachsachverständigen überarbeitet worden. Die überarbeitete Fassung ist in Dokument 10509/1/15 REV 1 wiedergegeben.
6. Wie bereits weiter oben angeführt, erfolgt gemäß Artikel 23 Absatz 2 des Beschlusses 2009/371/JI und Artikel 6 Absatz 4 des Beschlusses 2009/934/JI des Rates eine Billigung von Europol's Kooperationsabkommen durch den Rat "nach Anhörung des Verwaltungsrates". Der Ausschuss der Ständigen Vertreter hat den Verwaltungsrat um seine Stellungnahme gebeten (Dok. 12055/15 ENFOPOL 251 JAIEX 66 MOG 89), die dieser am 23. Oktober 2015 abgegeben hat.
7. Im Einklang mit dem Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union vom 16. April 2015 in der Rechtssache C-540/13, wonach der Rat das Europäische Parlament vor Erlass des Beschlusses 2013/392/EU des Rates zur Festlegung des Zeitpunkts, ab dem der VIS-Beschluss gilt, hätte anhören müssen, wie es in Artikel 39 Absatz 1 des ehemaligen Vertrags über die Europäische Union¹ auch für Fälle vorgesehen ist, in denen die einschlägige Bestimmung des Basisrechtsakts – etwa Artikel 23 Absatz 2 des Beschlusses 2009/371/JI des Rates – dies nicht explizit vorsieht², sollte der Abschluss von Abkommen über die Kooperation zwischen Europol und Drittstaaten von nun an durch den Erlass von **Durchführungsbeschlüssen des Rates** gebilligt werden; zu diesen Beschlüssen sollte das Europäischen Parlament auf der Grundlage von Artikel 39 Absatz 1 des ehemaligen Vertrags der Europäischen Union gehört werden.
8. Das Europäische Parlament hat seine befürwortende Stellungnahme am 16. Dezember 2015 abgegeben.
9. *Der Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat wird daher gebeten, den Entwurf des Durchführungsbeschlusses des Rates über die Zustimmung zum Abschluss durch das Europäische Polizeiamt (Europol) eines Abkommens zwischen Bosnien und Herzegowina und Europol über operative und strategische Kooperation in der Fassung des Dokuments 10509/1/15 REV 1 ENFOPOL 192 JAIEX 55 COWEB 63 anzunehmen.*

¹ Für nähere Informationen zu dieser Rechtssache, siehe Dokumente 8541/15 und 9599/15.

² Siehe Rechtssache C-540/13, Rdnrn. 37 bis 40 und 53 bis 57.